

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 29. Juni 1932

Nummer 52

Programmatrische Richtlinien der freien Gewerkschaften zur Wirtschaftspolitik

Nachdem die Gewerkschaften zur Milderung der Wirtschaftskrise und zur Entlastung des Arbeitsmarktes die Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch den Staat erhoben haben, fügen sie jetzt dieser Gegenwartsforderung ihre programmatischen Forderungen für die Wirtschaftspolitik der Zukunft hinzu. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsam mit einer Anzahl Wissenschaftler zur Verhütung solcher Katastrophen, wie sie die jetzige Wirtschaftskrise darstellt, die nachfolgenden Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft aufgestellt.

Die ungeheure Krise macht es zur zwingenden Aufgabe unserer Zeit, mit dem Kampf um die Überwindung der herrschenden Krisennot planvolle Maßnahmen gegen die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen einzuleiten. Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft ist unerlässlich.

In der anzukundenden planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft muß die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich folgende Richtlinien für eine den wahren Interessen des Allgemeinwohls dienende Wirtschaftspolitik:

I. Konjunkturpolitik und Massenkaufkraft

Die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft erfordert die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf.

1. Zur Verhütung der Krisen und zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ist entsprechend der wachsenden Produktivität der menschlichen Arbeit eine systematische Stärkung der Massenkaufkraft und die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung notwendig.
2. Mit der steigenden Produktivität der Arbeit ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Vierzigstundenvoage ist sofort gesetzlich durchzuführen, sie muß zur Zeit als das Höchstmaß der zulässigen Arbeitszeit gelten.
3. Zur Milderung der Konjunkturschwankungen müssen Reich, Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften ausreichende finanzielle Mittel für Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit bereithalten. Die Träger der Sozialversicherung müssen während der guten Konjunktur Reserven bilden, deren Einsatz in der Krise dem Absinken der Massenkaufkraft entgegenwirkt.

II. Handel und Industrie

Der demokratische Staat muß entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Industrie und des Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken.

1. Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überführen. Die Bodenschätze und die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, ferner die gesamte Energiewirtschaft sowie der gesamte Verkehrsapparat, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, müssen von der Gesellschaft zum Nutzen der Allgemeinheit planmäßig bewirtschaftet werden.
2. In erster Linie sind zu verstaatlichen: der gesamte Bergbau einschließlich der Nebenbetriebe, die Eisenindustrie einschließlich der Schrottwirtschaft und die Metallgewinnung,

die Großchemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie.

3. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen mit dem Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen.
4. Alle Kartelle und ähnlichen Zusammenschlüsse von Unternehmungen sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen. Das Kartell- und Monopolamt hat die Anträge, Produktions- und Absatzpolitik sowie die Festsetzung der Preise ständig zu prüfen und im Interesse der Allgemeinheit zu beeinflussen.
5. Um die planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

III. Kredit- und Bankwesen

Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen.

1. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungsgesellschaften, insbesondere die Lebensversicherungen als Sammelbecken des Sparkapitals sind zu verstaatlichen.
Als Übergangsmassnahme ist der kapitalmäßige Einfluß des Staates auf die Banken auszubauen. Alle Kapitalbeteiligungen öffentlicher Stellen bei Banken sind zur durchgreifenden Sicherung ihres Einflusses auf die Geschäftsführung zu benutzen.
2. Bereits in der Übergangszeit müssen die Kredite planmäßig verteilt und in der Richtung der planmäßigen volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung gelenkt werden. Diese Aufgabe hat ein zentrales Bankennamt zu erfüllen, das die Bewegung der Kredite durchleuchtet, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufstellt und die Durchführung dieser Richtlinien überwacht.
3. Das Bankennamt muß mit der Reichsbank, als der Hüterin des Geldwesens, eng zusammenarbeiten. Die Reichsbank ist von dem überwiegenden Einfluß der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalrat müssen neben dem Staat und der öffentlichen Wirtschaft alle wichtigen Wirtschaftsverbände, vor allem die Gewerkschaften und Verbraucher, vertreten sein.

IV. Agrarpolitik

Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land.

1. Jedem werktätigen Landwirt gebührt ein angemessenes Einkommen für seine aufgewandte Arbeit. Der landwirtschaftliche Arbeitsertrag ist abhängig von der Erhaltung der Erhöhung der Massenaufkraft. Daher müssen alle Maßnahmen der Preisbeeinflussung, insbesondere alle Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz, auf die Kaufkraft der städtischen Verbraucher Rücksicht nehmen.
2. Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erträge ist der Markt durch staatliche Handelsmonopole sowie planmäßige Beeinflussung des Umfangs und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Ver-

braucherpreisen ist durch staatliche Maßnahmen und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Verbrauchergenossenschaften zu verringern.

3. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern, muß der Staat das Fachwissen fördern, die Gelddarlehngeschäfte beschleunigen und die Bildung von Produktivgenossenschaften unterstützen.
4. Der nicht mehr lebensfähige Großgrundbesitz ist in Bauernland oder in genossenschaftliche Großbetriebe umzuwandeln. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Großgrundbesitzes ist einzustellen. Das Großgrundbesitzes ist in Gemeinbesitz zu überführen.

V. Außenhandelspolitik

Die Außenhandelspolitik, die gegenwärtig von privaten industriellen und agrarischen Interessen beherrscht wird, ist in den Dienst der Lenkung der Volkswirtschaft zu stellen. Sie hat die Einordnung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu fördern und der Gefahr ihrer Abschnürung vom Weltmarkt vorzubeugen.

1. Die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands muß auf der Abbau der Handelszölle gerichtet sein.
2. Deutschland muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederherstellung des internationalen Währungs- und Kreditzusammenhangs fördern.
3. Besonders muß der enge Zusammenschluß der europäischen Wirtschaftskräfte angestrebt werden.
4. Mit dem Ausbau der Planwirtschaft wird an die Stelle der heutigen privaten Außenhandelsbeziehungen der staatlich organisierte internationale Güter- und Warenaustausch auf der Grundlage eines Außenhandelsmonopols treten.

VI. Aufbau der Planwirtschaft

Schon im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems müssen die Ansätze zur Planwirtschaft zusammengefaßt werden. Im besonderen muß die einheitliche Führung der Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand sichergestellt werden.

1. Mit dem Aufbau der Planwirtschaft und deren Leitung ist eine zentrale Planstelle zu betrauen. Sie hat in enger Zusammenarbeit mit dem Bankennamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken.
2. Entsprechend der fortschreitenden Verstaatlichung der Banken und der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft hat die Planstelle in Verbindung mit dem Bankennamt volkswirtschaftliche Kreditverteilungspläne aufzustellen. Mit den Organen des Außenhandelsmonopols muß sie die Richtlinien für den Außenhandel festlegen.
3. Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. An allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Überwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsbereiche dienen, sind gemäß Artikel 185 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft angemessen zu beteiligen.

eder Gemeindefürsorge auf. Früher konnten die Arbeitslosen von ihren Angehörigen auf dem flachen Land unterstützt werden, jetzt verhindert die Notlage auf dem flachen Land selbst diese Hilfeleistung. Das Elend der Arbeitslosen ist geradezu erschütternd.

Wie wird es in Deutschland, wenn auf Verheiß der Regierung die Arbeitslosenunterstützungen radikal abgebaut werden? In Deutschland besteht der enge Zusammenhang zwischen dem städtischen Fabrikproletariat und der Bauernschaft lange nicht mehr, so daß die Hilfe von dieser Seite überhaupt nicht einfließen kann.

Dann wird über die unglaublich niedrigen Löhne in Japan berichtet. In der Heimindustrie verdient z. B. bei 12- bis 14stündigem Arbeitstag eine Familie, die ihre gesamte Arbeitskraft zusammenlegen muß, um nur vom Hungertod gerettet zu bleiben, ein Einkommen von 50 Pf. Andere Löhne sind nicht sehr viel besser.

Im Bericht heißt es darüber: „die japanischen Löhne sind, nicht nur in der Heimindustrie, schon jenseits des Fassbaren. Keine Gewerkschaft führt einen ernsthaften Lohnkampf, kein Tarifrecht gewährt Schutz, keine Arbeitslosenversicherung sorgt für das Notdürftigste; ein Brotlofer unterbietet den andern, und nichts ist billiger in diesem Land als die menschliche Arbeitskraft.“

Was soll aus den Löhnen in Deutschland werden, wenn die Arbeitslosenhilfe, die einen Kampf gegen den Absturz der Löhne darstellt, brutal herabgesetzt, der Tariffchutz aufgehoben, der gewerkschaftliche Lohnkampf verhindert wird? Das gerade beschäftigt im Bündnis mit den Faschisten die Regierung der Barone.

Es wird dann weiter darüber berichtet, daß die japanische Regierung die Zölle vornehmlich auf Lebensmittel zunächst um die Hälfte zu erhöhen beabsichtigt, mit der Folge, daß die Lebenshaltungskosten noch weiter gewaltig ansteigen werden. Neben dieser Liebesgabe in Form von Zöllen wird von den Staatsubventionen, mit welchen die japanische Regierung die Unternehmer großzügig versorgt, berichtet.

Die Regierung der Junker in Deutschland, die ihre Tätigkeit mit einem geharnischten Aufruf gegen den „Wohlfahrtsstaat“ begann, wird, und darüber kann kaum ein Zweifel bestehen, die Liebesgaben an Großgrundbesitzer und an das Großkapital sowohl durch Zollerhöhungen wie auf andern Weg betreiben. Der Wohlfahrtsstaat des sozialen Schutzes soll abgebaut werden, der Wohlfahrtsstaat der Subventionen kann weiterblühen.

Die Lage der Bauernschaft ist in Japan eine verzweifelte, nicht nur wegen der niedrigen Preise der agrarischen Produkte und der Krise der Seidenzucht, des hauptsächlichsten Betriebszweigs der japanischen Landwirtschaft, sondern auch wegen der Wirtschaftsverfassung, die den Bauer entweder auf einen Zwergbesitz beschränkt, der nicht einmal „leichte“ Ernährung sichert kann; oder aber der Bauer muß als Pächter eines gewaltigen Teil des Boden-ertrags dem Großgrundbesitzer als Knecht abhelfen.

Auch die deutsche Bauernschaft leidet vielfach unter der Bodenverfassung. Der ostelbische Großgrundbesitz verhindert die Errichtung und die Ergänzung von Bauernstellen, die den beschloßen Bauern oder den Zwergbauern einen Lebensunterhalt bieten könnten. Die Liebesgaben an den Großgrundbesitz in Form von hohen Getreide- und Futtermittelszöllen beschränken die Rentabilität der bäuerlichen Betriebe, die vor allem auf die Erzeugung von Veredelungsprodukten abgestellt sind. Die Junkerherrschaft bedeutet die weitere Fürsorge für den Großgrundbesitzer, auch auf Kosten der Bauernschaft.

Für die gewaltigen Wirtschaftsschwierigkeiten ist in Japan die Ausfuhrkrise in besonders hohem Maß verantwortlich. Dieser Ausfuhrkrise konnte Japan trotz starker Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkt, die es mit Hilfe niedriger Löhne, Währungszerstückelung und Subventionen betreibt, nicht entweichen. Sie ist jedoch nur zum Teil die Folge der verminderten Aufnahmefähigkeit der Vereinigten Staaten für japanische Seidenwaren, zum großen Teil aber die Folge des chinesischen Boykotts gegen die Einfuhr aus Japan, mit dem China den japanischen Imperialismus in der Mandchurie und in Szechuan beantwortete.

In Deutschland ist der Faschismus am Werke, um die Ausfuhrkrise, die für die Krise des Arbeitsmarktes heute schon zum nicht geringen Teil verantwortlich ist, aus politischen Motiven, unter dem Lösungswort der „Autarkie“, zu verschärfen. Eine künstliche Abschneidung des deutschen Marktes, die über das durch den Kaufkraftschwund bedingte Maß hinausgeht, könnte im Ausland geradezu eine Boykottbewegung gegen deutsche Waren auslösen, wie die japanischen Waren in China boykottiert werden. Die Folgen des Butterzölles, wie sie in letzter Zeit auch in der Erschwerung der deutschen Ausfuhr nach Holland zutage traten, sind ein erschreckendes Zeichen für die Wirkungen der Autarkiebewegung. Die feudalen Mächte des Junkertums zusammen mit dem Nationalsozialismus befinden sich auf dem besten Weg, den Boykott deutscher Waren auf dem Weltmarkt durch ihre Autarkiebewegung zu fördern. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit muß die Folge sein.

Der Berichtsfasser der „Frankfurter Zeitung“ schildert dann die trostlose Lage der Staatsfinanzen, die in Japan das Gleichgewicht des Staatshaushalts umflützen. Obwohl in Japan soziale Ausgaben den Staatshaushalt nicht belasten, war das Defizit im Staatshaushalt nicht zu vermeiden, einmal wegen der steigenden militärischen Ausgaben, zum andern, weil die Steuereinnahmen infolge der geschickelten Verhältnisse rapid zusammenschrumpfen.

Die deutsche Regierung möchte die Lage des Staatshaushalts durch radikalen Abbau der sozialen Aufwen-



Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Heinrich Dobler in Ludwigsburg
Eingetretten: 1. Juli 1872 — Jetzt Invalide



dungen erleichtern. Man hat jedoch allen Grund anzunehmen, daß das Defizit trotzdem, ja gerade daher, steigen wird. Selbst wenn man annimmt, daß die Regierung der Generale auf die Erhöhung der militärischen Ausgaben verzichtet, wird das Gleichgewicht des Staatshaushalts durch die Einnahmeseite bedroht, wenn nämlich weitergeschwächte Massenkaufkraft und steigende Arbeitslosigkeit den Produktionsertrag der deutschen Wirtschaft noch mehr schmälern und damit auch die bereits überspannte Steuerkraft der Bevölkerung noch mehr untergraben müssen.

Der Bericht der „Frankfurter Zeitung“ aus Japan schließt mit folgenden Feststellungen: „Angesichts aller dieser Schwierigkeiten herrscht und diktiert die Militärkaste, fordert immer neue Mittel, und die Regierung — bewilligt. Wie lange noch wird sie bewilligen? Die Antwort steht nicht bei ihr, sondern bei den wirklichen Herrschern Japans: bei der Militärkaste, die selbst vor einem Staatsstreich nicht zurückschrecken wird. Ein faschistischer Putsch ist durchaus im Bereich der Wahrscheinlichkeit.“

„Und in Deutschland?“ „Es müssen alle Kräfte der von dieser Entwicklung bedrohten proletarischen Massen mit dem Einsatz der letzten Energien angepannt werden, damit das Schlimmste verhütet wird.“

Korrespondenzen

Bremen. (Handseher.) Am 5. Juni veranstaltete die Bremer Vereinigung mit den Kollegen aus Begegnungsbücherei eine Wanderversammlung in Schönebeck. Bei schönem Wetter marschierten die Bremer Kollegen morgens von Burg ab, um nach gut einflügeliger Tour an der Weser beim Hohenkamp mit den Begegnader Kollegen zusammenzutreffen. Gemeinsam wurde der Rest des Weges bis zum Ziel zurückgelegt. Nach einer kurzen Rast wurde die Versammlung von Kollegen Hermann eröffnet, der neben dem Gefangenen „Gutenberg“ auch den Bremer Bezirksvorsitzenden, Kollegen Gohert, als Referent, begrüßte. Einen guten Verlauf der Tagung wünschten die andern Vereinigungen des Nordwestraumes und die Hamburger Vereinigung. Nachdem der Gefangene „Gutenberg“ einige Vieder zu Gehör gebracht hatte, nahm Kollege Koller das Wort zu seinem Referat „Wirtschaftliche und politische Tagesfragen und unser neuer Tarifabschluß“. Er beleuchtete in einigen Ausführungen die ganze Wirtschaftsentwicklung, die vor sich gegangene Reichstagsauflösung und das enorme Anwachsen der extremen Parteien, die es erfordern, daß sich die Arbeiter in ihren Gewerkschaften zu einem starken Bollwerk zusammenschließen. An Hand einiger Zahlen schilderte der Referent die Arbeitslosigkeit im Reich wie im Gau Nordwest, die ungeheure Formen angenommen hat. Die Arbeitslosigkeit, die als internationale Erscheinung aufgetreten ist, könnte für Deutschland durch die Arbeitsbeschaffungspläne, die von den Gewerkschaften vorgezeichneten wurden, beseitigt werden. Das kapitalistische Wirtschaftssystem und ihre Vertreter sind schuld an den heutigen Verhältnissen, wie auch aus der Reichstagsrede des Kollegen Grafmann vom DGB hervorging. Die enge Verbundenheit der Kollegenhaft mit dem Verband müsse auch ferner aufrechterhalten werden, um für die kommende Zeit dem Unternehmertum ein geschlossenes Ganges gegenüberzustellen. In einigen Ausführungen wurde hierauf vom Referenten das für und wider des freiwilligen Arbeitsdienstes besprochen. Ebenfalls fand die Frage der Arbeitszeitverkürzung eingehende Erörterung. Eine gerechte Beurteilung fand dann noch zum Schluß unserer letzten Tarifabschluß mit seinen Verschlechterungen. Pflicht der Handseher sei es, sich in ihrer Sparte zusammenzuschließen, um so im Verband allen noch geplanten Verschlechterungen der Prinzipale entgegenzutreten zu können. Die Ausführungen des Kollegen Gohert wurden von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Die letzten Ausführungen fanden in der vom Vorstand eingehenden nachstehenden Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, ihren Ausdruck: „Die Teilnehmer der Wanderversammlung der Handsehervereinigung Bremen und Begegnungsbücherei in Schönebeck, am 5. Juni 1932, fordern die noch abseits stehenden Handseher des

Nordwestraumes auf, sich ihrer Sparte anzuschließen. In dem Kampf um den Wiederaufstieg unserer Berufsgruppe darf es keine Drücker geben. Die Pflicht und das Solidaritätsgefühl gebietet jedem Handseher, sich an die Seite seiner Spartenkollegen zu stellen und mit ihnen gemeinsam für die Förderung der besonderen Berufsinteressen einzutreten. Von unserer Zentralkommission erwarten wir, daß sie bei den eventuell noch stattfindenden Verhandlungen (Protokollnotiz vom 14. Mai 1932) um die Anlage A des Manteltarifs und die Sonderbestimmungen der Sparten der Unternehmern keine Zugeständnisse macht. Alles muß ausgetrieben werden, um den Prinzipalen ein für allemal zum Bewußtsein zu bringen, daß die Anlage A eine durch jahrzehntelange Erfahrung gestiftete Tarifposition ist.“ Mit einigen Wiedererörterungen und einem ausgeprochenen Hoch auf unsere Sparte und den Verband der Deutschen Buchdrucker fand die Versammlung ihren Abschluß. — Nach einer gemeinsamen Mittagstafel wurden noch beim Kommerz und Quadräten, zu dem einige sehr wertvolle Preise gestiftet waren, wofür auch noch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen sein soll, einige Stunden verbracht, woran sich gegen Abend die gemeinsame Rückwanderung anschloß.

Chemnitz. (Maschinenseher.) In diesem Jahr können die Gauvereinigung Erzgebirge-Bohtland auf ihr 30jähriges und die beiden Bezirksvereine Zwickau und Plauen auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß versammelten sich zahlreich die Mitglieder des Gaus mit ihren Frauen am Sonntag, 5. Juni, im „Pfadegarten“ zu Zwickau zur Jahreshauptversammlung in e. Die festlich ausgestaltete Versammlung wurde von einer besonderen Feier wurde aus Gründen der Sparfameit abgesehen. Vorsitzender Mehnert begrüßte herzlich die Erschienenen, so u. a. den Gauvorsitzer Dertelt, den Ortsvereinsvertreter Vogel (Zwickau) und den Vertreter der Mergenthaler Schmalzfabrik, Herrn Triquet. Nach einem Begrüßungslied, dargeboten von der „Typographia“ Zwickau, wurde zweier uns wohlbekannter Kollegen gedacht, und zwar unseres unvergesslichen Robert Heise und ferner des Seniors der Zwickauer Buchdrucker, Hermann Krauser, die beide im verflochtenen Geschäftsjahr aus unserer Mitte gerissen wurden. Sodann ging Kollege Mehnert zum Jahresbericht über. Er streifte alle die Geschehnisse des Jahres 1931 und mußte dabei leider feststellen, daß es noch immer weiter abwärts geht und es noch nicht zu übersehen ist, ob der Tiefstand der Krise erreicht ist. Am Schluß seiner Ausführungen dankte er den Funktionären und Mitarbeitern für die treuen Dienste, die sie der Organisation geleistet haben, und für das Entgegenkommen der Schmalzfabrikanten, vor allem der Mergenthaler, die uns mit Anlaufungsmaterial und Maschinenteilen zu Leihzwecken gern bedienten. Möge das auch für die Zukunft so bleiben. Im folgenden kam der Kassierer Jöcklich zu Wort. Die Kassenergebnisse konnten als gut bezeichnet werden. Zu diesem Punkt war folgender Antrag eingegangen: „Der Beitrag wird auf monatlich 50 Pf. festgesetzt, der Gau erhält 30 Pf., die Bezirke 20 Pf.“ Der Antragsteller begründete seinen Antrag nur kurz. Von der Kassendirektion wurde ihm erklärt, daß, wenn dieser Antrag angenommen wird, die ganze Jahresbeitragsabgabe aufgehoben werden muß. Es wurde ihm dies gabelnmäßig bewiesen. Ein Vermittlungsvorschlag auf 15 Pf. Wochenbeitrag konnte auch keine Gegenliebe finden, da auch in diesem Fall die Jahresbeitragsabgabe unterbleiben müßte. Die Diskussion war sehr reger. Der Antrag wurde schließlich gegen drei Stimmen abgelehnt. Gauvorsitzender Mehnert wurde sodann auf Vorschlag des Bezirks Chemnitz einstimmig wieder beauftragt. Hierauf nahm Gauvorsitzer Dertelt das Wort zu seiner Festansprache. In großen Umrissen zeichnete er die Entwicklung der Schmalzfabrik, die Bedeutung der Maschinenseherpartie und ihre Zusammenarbeit mit der Mutterorganisation. Mit den besten Wünschen für die Zukunft schloß er seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Die nächstjährige Jahreshauptversammlung findet turnusgemäß in Chemnitz statt. Hiermit war der geschäftliche Teil der Veranstaltung erledigt. — Die Fideleitas wurde eingeleitet mit der Überbringung eines Geschenkes der Gauvereinigung an die Bezirksvorsitzenden. Es wurde ihnen eine Versammlungslosche übergeben mit dem Wunsch, daß sie dieses Symbol mit Objektivität und Würde handhaben, aber auch bei passender Gelegenheit einmal zeigen, was die Losche gefahren hat. Und nun konnte unser altbewährter Gauvorsitzer Mehnert die Ehre der Jubiläre vornehmen. Es waren 27 Kollegen an der Zahl, die der Sparte 25 Jahre lang die Treue gehalten. Auch ihnen wurde ein kleines Angebinde als Anerkennung überreicht mit dem Wunsch, daß es ihnen ein Ansporn sein möge, auch weiterhin der Sparte die Treue zu bewahren und immer eingedent besten zu sein, daß eine kräftige Sparte nur in einer großen schlagkräftigen Mutterorganisation emporwachsen kann. Ein Hoch auf die Jubiläre und auf die Vereinigung beschloß den feierlichen Akt. Ein Tanzergnügen, abwechselnd mit Gesangseinlagen der „Typographia“, und humorvollen Vorträgen, ließ den herrlichen Tag ausklingen.

Essen. Unsere Versammlung am 4. Juni befaßte sich vorwiegend mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen. Zur getreuten Würdigung der schwierigen Verhältnisse, die beeinflussend auf das uns alle nicht befriedigende Resultat eingewirkt haben, trugen die Darlegungen unseres Kollegen Löschner, der über den Verlauf der Verhandlungen erschöpfend berichtete, sehr viel bei. War die Kritik entsprechend der Einstellung der Distriktsvereine voneinander abweichend, ließen einige Redner in ihrer Kritik die Berücksichtigung der wirklichen Verhältnisse außer acht und gesehien sich in herabsetzenden Angriffen gegen die Verbandsleitung, so herrschte doch abgesehen davon allgemein die Auffassung, daß weitere Verschlechterungen nicht mehr ertragen werden können. In Berücksichtigung dieses und auch weiterhin, daß eine Auseinandersetzung mit unserm Unternehmertum unausweichlich sein werde, stand als Grundton in allen Ausführungen die Forderung an die Führung, für den Kampf zu rufen. Die Zerlegung des geschäftlichen Teiles ging glatt vonstatten. Die Darlegungen des Kollegen Löschner, die außer dem Bericht über den Verlauf der Verhandlungen die Lage der Organisation und weiterhin die wirtschafts- und innerpolitische Lage beleuchteten und damit auch die mehr zwangsläufige Taktik

unser Unterhändler begründeten, lösten eine rege Diskussion aus. Kollege Böhmig verwies auf die vom Ortsverein angenommene Resolution, in welcher u. a. in der Forderung der Bierjahrstendenwoche ein Mittel für Unterbringung eines Teiles der Erwerbslosen erblickt wurde. Schmärlsch berührte es, daß die Verhandlungen auch in diesem Punkt nichts gesiegt haben. Die Redner der Opposition erklärten in dem Ergebnis eine Unterstützung der Katalitropenpolitik der Gewerkschaften. Statt Propagierung des Kampfes ein immerwährendes Jurildwerden vor einem nimmermatten Unternehmern, das uns auf diese Art auf die Knie zwingen wird. Je länger der Kampf ausgedehnt werde, desto schwerer werde er. Die Ausführungen Schmärlsch hatten gezeigt, daß der Vorstand nicht mit allen Mitteln gekämpft habe. Wenn auf die starke Beanpruchung der Organisation für die Unterbringungsleistungen hingewiesen werde, so muß demgegenüber gesagt werden, daß der Kampfswille der Kollegen nicht an der Mangelversorgung einer Streikunterstützung nicht scheitern würde. Nicht zu billigen sei auch, daß die sachgemäße Abstimmung über den veränderten Tarif unterbleibe. Demgegenüber wurde von andern Rednern betont, daß sachliche Kritik geübt werden könne, aber auch anerkannt werden müsse, daß unsere Vertreter voll und ganz ihre Pflicht getan haben, wenn auch gegenüber dem Schiedspruch die in freier Vereinbarung erzielten Verbesserungen nicht erheblich sind. Der Behauptung der Opposition, die Führer seien gegen jeden Kampf, könne nicht beigepflichtet werden. Das Verantwortungsgefühl der Führer gegenüber der Kollegschaft, die sich nicht allein auf die Großstädte und großen Betriebe beschränkt, dürfte auslaagebeding für deren Entscheidungen gewesen sein, wie auch weiterhin die derzeitige starke Beanpruchung der Verbandskasse für Unterbringungsweide bei der Beurteilung der Situation nicht außer acht gelassen werden dürfte. Der Kampf werde kommen, wann er geführt werden müsse, sei eine Frage der Taktik. Das Vertrauen zur Führung, daß sie den Kampf zur geeigneten Zeit führen wird, müsse in der Kollegschaft unerschütterlich sein. In seinem Schlusswort ging Kollege Böhmig e auf die vorgebrachten Argumente ein und legte nochmals die innerpolitischen und wirtschaftlichen Hemmnisse dar, die auch das graphische Gewerbe nicht aus dem Wirtschaftsrahmen herausheben. Jede Überzeugung, wenn sie aus ehrlichem Herzen kommt, sei zu adten. Man müsse aber in seiner Beurteilung der Führung Gerechtigkeit widerfahren lassen. Wenn schon Maßnahmen ausgesprochen werden soll, dann nicht gegen unsere Führung, sondern gegen das Unternehmertum. Eine von der Opposition eingereichte Resolution, welche sofortige Arbeitsüberlegung bei jeder weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung und die sofortige Organisation des Kampfes für Verkürzung der Arbeitszeit mit Einstellungszwang und Lohnausgleich vorschlägt, verfiel mit großer Mehrheit der Ablehnung.

Halle a. d. S. Unsere Mitgliederversammlung fand am 21. Mai bei guter Beteiligung statt. Kollege Stöbig gab zu Punkt 1 der Tagesordnung den Bericht über die Mantel- und Lohnstarkeverhandlungen, der für die Kollegen nur Verschlechterungen zeigte und auch unter den Kollegen Empörung aufwies. Alsdann gab Kollege Liebenstahl den Bericht von der Bezirksleiterkonferenz, wo auch über die Mantel- und Lohnstarkeverhandlungen heiß diskutiert wurde. Es ist beifolgt worden, den Gantag vor dem Verbandstag stattfinden zu lassen. Die nächste Bezirksversammlung soll voraussichtlich am 4. September in Halle stattfinden. Die Bezirksleiterkonferenz ist erfreut, feststellen zu können, daß im Gau 93 Proz. der Lehrlinge unserer Organisation angehörl sind. Es wurde zum Schluß zum Ausdruck gebracht, daß die Organisation unter allen Umständen noch mehr geklärt werden muß. In der Diskussion führte Kollege Brand aus: Wann wird wohl die Zeit kommen, daß mit den Abbaugesellen der Prinzipale Schluß gemacht wird; es würde jedenfalls so lange dauern, bis die Gehilfen zur Selbsthilfe greifen ohne die Verbandsinstanzen. Er führte ferner aus, daß den Gehilfen der Brotkorb immer höher gehängt würde und die Arbeitslosen einen immer niedrigeren Unterhaltungslohn erhielten. Von den Gewerkschaftsangehörigen forderte er, daß sie sich ebenfalls den veränderten tariflichen Bestimmungen anpassen sollen. Der Vorsitzende gab sodann bekannt, daß den Ausgesetzten am 18. Juni wieder eine Extraintervention gewährt werden soll. Am 29. Juni findet das Gewerkschaftsfest statt; ebenso veranstaltet die Gewerkschaftsjugend am 25. Juni eine Sonnenwendfeier. Für den auscheidenden Kollegen Drechsler wurde Kollege Frisch als Kartellbeauftragter bestimmt. Kollege Liebenstahl verlas ein Geheimnisreden der Nazi an ihre Betriebszellenobleute, in welchem eine wilde Hege gegen SPD, KPD und Gewerkschaften enthalten ist. Kollege Liebenstahl forderte die Kollegen auf, gegen derartige Elemente auf der Hut zu sein. Der Ausschluß des einstimmig beschlossenen Tages nach kurzer Diskussion einstimmig bekräftigt. Das Johannisfest findet wegen der wirtschaftlich schlechten Zeitverhältnisse nicht statt. Wegen der vorgezogenen Stunde wurde der Kassenbericht zurückgestellt.

Siehring i. Mbg. Zu der Bezirksversammlung am 5. Juni in Jannowitz hatten sich 109 Kollegen und 8 Durchführende eingeschrieben. Jahn Neuausgewählte wurden von Vorsitzenden Thiele begrüßt und das Andenken zweier verstorbenen Kollegen gelehrt. Der Stand der Bezirkskasse hat sich durch das Ausfallen einer Bezirksversammlung wieder etwas verbessert. Die Zahl der Arbeitslosen ist mit etwa 30 seit einem Jahr nahezu unverändert geblieben. Am Beginn des Jahres wurden im Bezirk 189 Gehilfen und 41 Lehrlinge gezählt. Bei den Berichten aus den einzelnen Druckorten kam die Unzufriedenheit mit den tariflichen Verschlechterungen zum Ausdruck. Große Sparsamkeit in der Verwaltung des Gaus und der Zentrale wurde gefordert. Es wurde aber auch ermahnt, die tariflichen Rechte ähe zu verteidigen. Der Bezirksleiter Kollege Kelle (Siehring) sprach über „Die Auswirkungen der Lehrlingsordnung“. Ausgehend von der Lehrlingsausbildung in früherer Zeit und der gegenwärtigen Arbeit der Lehrlingsabteilungen des Verbandes zeigte der Redner die Vorteile der Lehrlingsordnung, die jetzt auch in Schließen gilt. Durch die Bildung der Fachauschüsse ist es unmöglich gemacht, daß die Gehilfen-

prüfungen durch Nichtfachleute vorgenommen werden, was früher oft der Fall war. Wichtig ist, daß Lehrverträge, die auf eine Ausbildung als Schmelzerbeleg lauten, nicht mehr zulässig sind. Es kommt nur eine Ausbildung als Setzer oder Drucker in Frage. Interessant war das Ergebnis der ersten Eignungsprüfung für die Lehrlingsstellung im hiesigen Bezirk. Von elf Bewerbern stellten vier wegen mangelnder Fähigkeiten und zwei wegen körperlicher Leiden aus, so daß die Nachfrage nach Lehrlingen nicht voll befriedigt werden konnte. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Aussprache wurde vom Vorsitzenden dazu bemerkt, daß in steigendem Maße Schüler höherer Lehranstalten, die einer dem Gewerkschaftsgedanken völlig fremd gegenüberstehenden Gesellschaftslehre entstammen, zum Buchdruckerberuf drängen. Es sei wichtig, diese jungen Leute für uns zu gewinnen. „Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung“ war das Thema eines weiteren Vortrags von U. S. t. a. m. e. r. (Breslau), gegenwärtig Leiter des Arbeitsämterbüros der SA, in Schmiedeberg. Der Redner zeichnete zuerst ein Bild von der gegenwärtigen politischen Situation. Ein falscher Sozialismus könne uns nicht helfen und den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems nicht aufhalten. Die Unmöglichkeit des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms wurde eindringlich hervorgehoben. Wenn der Nationalismus zur Herrschaft kommt, wird die Enttäufung unter seinen Anhängern in kurzer Zeit grenzenlos sein. Demgegenüber stellte der Referent das bekannte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften dar und zeigte, wie durch Wegfall der Mittel für die Unterstützung der Arbeitslosen, infolge vermehrter Beschäftigung mehr eingehende Steuern und die Aufhebung einer Sparprämienanleihe, durch die es möglich wäre, die im Spartrumpf festgehaltenen Gelder herauszulösen, die Finanzierung gesichert wäre. Leider seien diese Pläne durch den Sturz der Regierung Brining hinsichtlich geworden. Mit anseuernden Worten ermahnte der Redner zur Einigkeit gegenüber den kommenden Ereignissen. Nach der Aussprache zerstreute U. S. t. a. m. e. r. in seinem Schlusswort die Bedenken, daß durch eine Sparprämienanleihe eine Inflation hervorgerufen würde. Die Zahlungsmittel würden doch damit nicht vermehrt, sondern nur der Umlauf des vorhandenen Geldes beschleunigt und für die Arbeitsbeschaffung freigemacht. Gesten fand ein Vortrag so förmliche Zustimmung wie dieser, und es wurde der Wunsch laut, den Redner bald wieder zu hören. Es wurde dann noch beschlossen, in diesem Jahr keine Bezirksversammlung mehr stattfinden zu lassen. — Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen wurde ein Spaziergang nach der idyllisch gelegenen Ruine Wolkenfels und dem winzigen Bergschloß Kupferberg, der höchstgelegenen Stadt Preußens, unternommen, wo im Saal des Gaststellers auch die tanzlustige Jugend auf ihre Rechnung kam.

Magdeburg. (Maschinenleger.) Am 21. Mai hielt unsere Bezirksvereinigung ihre Generalversammlung ab, die recht zahlreich besucht war. Vorsitzender Liebenberg begrüßte die erschienenen Kollegen, insbesondere den Vertreter der Intertyp-Sehmaschinenfabrik, Herrn Hartmann (Berlin), die Bezirksleiter der Bezirke Halle und Dessau sowie die Vertreter der einzelnen Sparten und des Ortsvereins und gedachte dann eines vor kurzem verstorbenen Kollegen. Warme Worte der Anerkennung fand er dann für den Kollegen Wilhelm Winter (Magdeburg), Vorsitzenden unserer Gauvereinigung, der am 11. April d. J. sein 50jähriges Berufsjubiläum feiern konnte und der nunmehr 30 Jahre lang der Maschinenlegervereinigung im Gau U. in der Saale als Vorsitzender seine Kräfte widmet. Nach gemeinschaftlichen Mitteilungen gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Hierbei streifte er noch einmal kurz die Veranlassungen des vergangenen Jahres. Schwer lastet die Wirtschaftskrise auch auf den Kollegen unseres Bezirks. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind an der Tagesordnung. Er schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Kollegen, in dieser ersten Zeit treu zur Organisation und zur Sparte zu stehen. Leider haben auch in unserem Bezirk kurzfristige Kollegen der Sparte den Rücken gekehrt, und sogar zwei Austritte aus dem Verband mußten verzeichnet werden. Dem Kassierer, Kollegen Fehring, wurde dann nach Erstattung des Kassenberichts antragsgemäß Entlastung erteilt. Die Wahlen zum Vorstand ergaben die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Beim Punkt „Tarifliches“ ging der Vorsitzende auf den Abschluß des Manteltarifs ein. Seine kritischen Ausführungen über die eingeführten Verschlechterungen riefen eine Anzahl Kollegen auf den Plan, die die Vereinbarung ablehnten. Insbesondere sei die Kürzung der Ferienbezahlung, die Minderentlohnung für Sonntagsarbeit sowie die Ausdehnung der Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends eine schwere Belastung für die Organisation und die Kollegschaft. Allgemein kam zum Ausdruck, daß bei den kommenden Verhandlungen der II. Teil der Anlage A zum Tarif nicht geändert, sondern überhaupt aus dem Tarif verschwinden müsse. Hierauf hielt Herr Hartmann seinen Vortrag: „Aus meiner Praxis“. Er verbreitete sich über Störungen an der Sehmaschine, die äußerst interessant waren. Durch Anfragen aus der Kollegschaft und Beantwortung durch den Referenten wurden die Ausführungen noch lehrreich ergänzt. Lebhafter Beifall wurde dem Vortragenden zuteil. Der Intertyp-Sehmaschinenfabrik sowie Herrn Hartmann jagten wir auf diesem Weg noch unsern verbindlichsten Dank. Mit einem Hoch auf Verband und Sparte wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. Eine gemeinsame Mittagstafel folgte und hielt die Kollegen noch einige Stunden in echt buchdruckerlicher Weise zusammen.

Donaubrück. (Maschinenleger.) Daß auch bei uns im Bezirk das „Leidnis“ nicht als Steinfeld behandelt wird, bewies der Tag der Vorkommnisse am 4. April in der Drucker-Gewerkschaft. Etliche Neuerungen an der Linotype fanden kritische Würdigung. „Männer von der Kiege“ auf hatten es sich nicht nehmen lassen, das Jir und Bild abzuwaschen; hochinteressant die Praxis den Lohn für die aufgewandte Mühe. — Am 8. Mai hatten wir unsere Bezirksversammlung, in der Vorsitzender unfer Gauvereinigung, E. b. n. a. d. (Hannover), über „Ein Spiegelbild unfer Zeit“ sprach. Der in allem lauber ausgearbeitete Vortrag zeigte von einem guten Etik Kenntnis deutscher

Arbeiterbewegung. Die Geburtswehen des Verbandes, die Zerstückelung der Arbeiterkraft, die gewaltigen Opfer und hohen Siege, dieses Auf und Ab wurde recht eindringlich wiedergegeben. So lautete es im Finale der Ausführungen: Die Schlagskraft liegt in der Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaft und dient der Arbeiterbewegung. Die Nazisbewegung, die sich von heute auf morgen gebildet hat, könne wohl die größten Versprechungen machen, aber hoffentlich würden die Arbeitern die Augen nicht zu spät geöffnet. Der ansprechende Vortrag endete mit hartem Beifall. — Am 5. Juni hielt uns der Vertreter der Typograph-Sehmaschinenfabrik, Herr Bölsfer (Hannover), an Hand von Anschauungsstafeln einen interessanten Vortrag. In anschaulicher und leicht verständlicher Weise zeigte der Vortragende die Neuerungen am Typograph. Der Firma sei hiermit für ihr Entgegenkommen gedankt. — Birmafens. In der Monatsversammlung am 8. Juni besprach der Vorsitzende J. e. t. n. e. r. die tarifliche Lage und die neuen Bestimmungen des Manteltarifs. Die Versammlung, voller Enttäufung und Verbitterung, stellte hierzu keine Diskussionsredner, worauf sodann Kollege J. e. t. n. e. r. als Delegierter über die Krankentafelanschlußfassung referierte und besonders die allgemeine schwierige Lage und den Abbau der Mehrleistungen hervorhob, der durch die Notverordnungen bedingt sei. Anschließend erbatte Kollege Müller den Bericht über die Fachauschlußfassung. Hauptpunkt: Kostgeld der Lehrlinge. Resultat jedoch negativ, da die Sitzung unter dem Zeichen der Sündflut-Diplomatie stand. Unter „Verschiedenem“ eröffnete ein Kollege eine lebhaft ausgeführte über ein Wiesbadener Zirkular sowie über die Düsseldorf und Mainzer Korrespondentberichte, die von dem Vorsitzenden als begründlich befunden wurden, aber für den jetzigen Zeitpunkt wenig geeignet seien, da sich die politischen Ereignisse so zuspitzten, daß sich alles anders überflüssig machte. Von anderer Seite wurde die Überlegung der Urabstimmung über den Tarif gerügt. Zur Aufrollung aller Fragen verwid der Vorsitzende auf die nächste Bezirksversammlung. Nach Beratung der Maßnahmen, die die Einstellung eines Lehrlings in eine hiesige kleine Druckerei, die gänzlich unfähig ist, selbigen auszubilden, verhindern sollen, schloß der Vorsitzende die schwach besuchte Versammlung.

Queblinburg. In einer gut besuchten Versammlung am 4. Juni, an welcher auch einige Kollegen aus Thale teilnahmen, widmete der Vorsitzende K. e. n. e. r. unsern verstorbenen früheren Gauverwalter, Kollegen Gabriel, herzlich Worte des Gedenkens, während derer die Versammlung sich von ihren Plätzen erhoben hatte. Für den verstorbenen Gauvorsteher König war Gausekretär Weigelt erschienen, um uns über das Zustandekommen der Vereinbarung über den Manteltarif zu unterrichten. Durch seine klaren, sachlichen Ausführungen gab er manches bekannt, was dem „Korrespondenten“ über die Verhandlungen nicht alles zu entnehmen war. Wenn heute über derartige Mißerfolge berichtet werden müsse, so habe neben den wirtschaftlichen und politischen Wirrnissen unser Zeit die Arbeiterkraft durch ihre Zerstückelung selbst schuld daran. Beugnehmend auf die jetzige Zusammenkunft der Parlamente, wies der Referent auf die Ende Juli stattfindenden Reichstagswahlen hin, wo die Arbeiterkraft wieder einmütig Gesegelt habe; zu bedauern, wie weit sie mit dem jetzt eingeschlagenen Kurs einverstanden ist. Seine Ausführungen lösten eine rege Aussprache aus, in deren Vordergrund der Vorwurf gegen unfer Vertreter stand, die Urabstimmung unterlassen zu haben. Eine eingebrachte Resolution, welche für die Zukunft das Recht der Mitbestimmung über entscheidende Fragen fordert, Johann aber auch unsern Vertretern das direkte Mitsprechen auspricht, wurde von der Versammlung abgelehnt. Im Schlusswort gab Kollege Weigelt ershöpft den Ausblick über alle Diskussionsfragen. Bezüglich der Urabstimmung erwiderte er, daß diese nicht in die Wege geleitet werden konnte, da die Umstände auf eine schnelle Entscheidung drängten. — In der Versammlung vom 20. Februar d. J. beschlossen wir, unsern völlig ausgesetzten verheirateten Kollegen monatlich eine Sonderunterstützung von 15 M. zu gewähren. Die Mittel hierzu wurden erstmalig durch freiwillige Spenden, Johann durch Beitragserhebung, aufgebracht. Wegen gewerkschaftsfeindlicher Tätigkeit mußten wir zwei Kollegen ausschließen.

Reichenbach-Plaue-Gewerkschaft. Die letzte Versammlung fand unter dem Eindruck des von Kollegen Metz (Plaue) gehaltenen Vortrags, „Die Gewerkschaften im Kampf um die Macht“, welcher die Kollegschaft in äußerster Spannung hielt. Anschließend wurde das trübe Kapitel: Der neue Manteltarif, behandelt, und hierzu eine in absehendem Sinn gehaltene Entschlußfassung einstimmig angenommen. Der Initiative des Vorstandes gelang es, Austrittserklärungen wieder rückgängig zu machen. Verurteilt wurde die Helfendmachung des neuen Manteltarifs rückwirkend ab 1. Mai, so daß verschiedene Härten durch Nachzahlung der zu viel gezahlten Schichtzuschläge, des weiteren bei den Lehrlingen, entstanden sind. Dem Vortragenden war es jedenfalls gelungen, die Kollegen zu weiterem Ausharren anzufeuern, indem er seiner Gewerkschaftsfreundlichkeit das beste Zeugnis ablegte und aufforderte, dem Verband trotz alledem die unerschütterliche Treue zu bewahren.

Müstringen-Wilhelmshaven. (Handsetzer.) Einen immer stärkeren Auftrieb unfer Handsetzerparte zeigte unfer letzte Monatsversammlung am 4. Juni. Die reichhaltige Tagesordnung behafte sich in der Hauptphase mit der Beschlußfassung über die Johannisfeier. Da unfer Ortsgruppe die Feier abgelehnt hatte, sollten die Mitglieder beschließen, ob von unfer Sparte das Fest abgehalten werden sollte. Sämtliche Mitglieder sprachen sich für ein Fest aus, welches in einem Motto ausklang: Obwohl die gegenwärtige Zeit zu Veranstaltungen von Festlichkeiten wenig geeignet ist, wollen und dürfen wir nicht unfer Johannisfest fallen lassen. Als Termin wurde der 25. Juni gewählt. Zum Punkt Geldbewilligung wurden die Vorschläge des Vorstandes angenommen. Nach Bekanntgabe des Mitgliederfadens schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung, eifrig für die Sparte zu werben. — Weimar. (Korrektoren.) Fast vollständig hatten sich die Partenkollegen des Gaus Thüringen zur diesjährigen Jahreszusammenkunft am 29. Mai in den

Mauern der an Goethe-Erinnerungen reichen Stadt Weimar versammelt. Kollege König (Erfurt) als Vorsitzender eröffnete die Tagung, die durch zwei Liebesorträge des Weimarer Kollegenvereins eingeleitet wurde, im schönen „Vollshaus“ (Heim der Weimarer organisierten Arbeiterklasse) um 10 1/2 Uhr. Er hielt die Eröffnungsrede, besonders die Kollegen Grunewald (Berlin) von der Zentralkommission, Wislaug und Schäfer (Weimar) von dem Gauvorstand, herzlich willkommen. Kollege Grunewald überbrachte die Grüße der Zentralkommission und des Bundesvorstandes, Kollege Wislaug dieselben des Gauvorstandes. Beide Sprecher wünschten die Verankertung besten Verlauf. Aus dem hierauf vom Kollegen König erstellten Jahresbericht sei nur erwähnt, daß die Mitgliederzahl leider gesunken ist, hervorgerufen durch einige Austritte, aber größtenteils durch Inaktivität. Ein Ausgleich durch Neuaufnahmen konnte nicht erzielt werden, da die außerhalb der Sparte stehenden Kollegen den Weg zur Sparte durchaus nicht finden können oder nicht finden wollen. Erfreulicheres berichtete der Kassierer. Am Jahresanfang waren 700 M. in der Kasse. Ohne nennenswerte Einwendungen wurde der Bericht angenommen und dem Kassierer für musterblühende Arbeit Entlastung erteilt. Nummer nach Kollege Grunewald sprach das Wort, um in fünfviertelstündigen Ausführungen sämtliche, die Kollegen interessierenden Fragen zu erörtern. Ganz besonders schwierig seien die letzten Tarifverhandlungen gewesen. Da Kollege selbst zu den Unterhändlern gehörte, konnte man aus herauferndem Mund auch die Gründe vernehmen, die zur Annahme des Tarifs seitens der Gewerkschaften führten. Die dem Vortrag folgende Aussprache zeigte auch, daß zur Zeit keine andre Lösung besser gewesen wäre. Ein Schlüsselwort ermahnte Kollege Grunewald zu festen und treuen Zusammenhängen. Der jetzt antretende Vorstand wurde wiedergebührt. Ein vorgesehener Lichtbildervortrag fiel wegen vorgerückter Zeit aus. Die Wahl des Ortes der nächstjährigen Zusammenkunft wurde dem Vorstand überlassen. Um 1 1/2 Uhr erreichten die ruhig und sachlich verlaufenden Verhandlungen ihr Ende. — Nach dem Mittagessen wurde unter Führung der Weimarer Kollegen ein Spaziergang in der näheren Umgebung Weimars unternommen. Die Abendstunden bis zur Absahrt derzüge wurden wiederum im „Vollshaus“ verbracht bei Darbietungen des Weimarer „Gutenabend“ und Rezitationen des Kollegen Borchard (Erfurt). So gehört auch dieser letzte Thüringer Korrektorentag der Bergangehenheit an, wird aber, wie die fünf vorausgegangenen, in guter Erinnerung sämtlicher Teilnehmer bleiben.

Moderner Sozialurlaub!

Auf den Sommer freute sich Groß und Klein ganz besonders, denn in Urlaub einmal fahren war in Übung schon seit Jahren; hatte doch vor vier Jahrzehnten sich für Ferien, die erlirhten, Der Verband schon eingeleitet, Auch Erfolg gehabt zuletzt.

Von Herzen Papens, „Wohlfahrtsstaat“ Schoß damit auch eine Saat hoch und lippig in die Seelen, Um die „Wirtschaft“ zu jernahmen. Stegerwald und seine Schlichter kamen vor ihm auf den Trichter: Rührung an der Urlaubszahlung bringt der Wirtschaft wieder Labung!

Zu der Armen Wirtschaftnot, Zum Millionenangebot Arbeitsloser, Kurzarbeiter Solche „Wohlfahrt“ trat nun weiter. Untre Wecker, nicht die Rechten, Schnell die Schmädel sie jetzt wechten, Weil der deutsche „Wohlfahrtsstaat“ Nur für Reiche steht parat.

Darum, Typofronensohn, halt du noch Kondition, Sei ein Papen-Christ, ein treuer, Jahre die Wirtschaft ausgereutet. Und was kommt mit froher Mene; Reicheig sei wie eine Mene, Denk des Unternehmers Not, Der mit Jähren lilt sein Brot.

Schlag die Ferien aus dem Sinn, Fußsch ist kufsch und hin ist hin. Nozeit zwängt ja zum Verzichten, Teber soll Tribut entrichten. Mußt abfolnt du dich erholen, Sei die Tuppeln warm empfanden; Dein Geschäft gibt freie Hand, Das bezahlt ja der Verband.

Aber deinen Prinzipal, Den erdrückt der Sorgen Qual Und das „starke“ Preisabbaueu (Statt beim Lohn sich mehr zu trauen!), Der von Leistungsänderungen Im Geschäft nicht sich umringen — Wonne ihm die Fertenzzeit, Daß ihn reifen lang und weit!

Sei nicht neidvoll, wenn er schwüthet Und die Kur ihn noch erhüthet; Muß sich schließlich gar einfränken, Denn es tut ihm mächtig tränken, Daß in des Verhandels Wäden Fünf Prozente gingen flöten; Der Gehilfen Dreifigkeit Immer noch zum Himmel schreit. —

Schön ist's, wenn man frant und frei Von der Bäderreserel Und vom Ferienplänkeschneiden; Schätze deines Helmes Frieden, Mutter Grün ist — woll'n wir wetten? — Willste der Urlaubsfütten: Von der Arbeitsjahresiron Neu gestärkt wirst du dort schon.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Halle an der Saale legte der Seferkollege Paul Seibt aus Saubitz die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

Treue in der Weidelt Eine merkwürdige Illustrierung hierzu gab die Firma W. Kaufmann & Sohn in Cuxhaven, die einen seit 30 Jahren dort beschäftigten Kollegen kostenlos entließ. Wegen überzähliger Beschäftigung war es zu einer Auseinandersetzung gekommen, wobei der Mitarbeiter erklärte: „Sie können auch sofort gehen!“ Angeblich war die überzählige Beschäftigung aufgekündigt worden, was aber der betreffende Kollege bestritt. Infolge von Lohnrückständen war das auch nicht klar ersichtlich, bis der Kollege endlich sein Geld forderte. Dabei kam es zum Konflikt. Die überzählige Beschäftigung betrug 3 M. In einem Zeitungsartikel verurteilt die Firma, ihr Verhalten zu entschuldigen; „Trotzdem erhob er Anspruch auf zerköste Nachzahlung, was uns zu seiner Entlassung zwang, um uns ein für alle Male gegen weitere Ansprüche zu schützen.“ Der Kollege ist heute 82 Jahr alt und hat während der Kriegsjahre (bis 1917) durch unermüdliche Arbeit die Herausgabe der Zeitung ermöglicht. Dafür ward ihm jetzt der Lohn.

Arbeitslosigkeit trieb einen Kollegen in den Tod. Am 7. Juni wurde der 30 Jahre alte Buchdrucker Rudolf Dzemski aus Pyritz im Kolberger Stadtwald erschossen aufgefunden. Dzemski ist über fünf Jahre in einem Kolberger Betrieb beschäftigt gewesen. Seit einiger Zeit hatte auch ihn das Schicksal der Arbeitslosigkeit ereilt. Er war über die Verteilung zur Arbeitslosigkeit so unglücklich, daß er einem Freund kurz vor dem Abschied aus dem Leben erklärte, dieses Schicksal nicht länger ertragen zu können. Er hatte sich mit einer russischen Armenepitole einen Schuß in die rechte Schläfe beigebracht.

Wohin reifen unsre Prinzipale in diesem Sommer? Das ist eine Frage, deren Beantwortung sich mancher untre Kollege lechster vorstellen dürfte, als es wirklich der Fall ist. Denn trotz aller Lohnsenkungen und des unter dem Druck des Arbeitsministeriums zustande gekommenen Ferienabspans von 25 Proz. für die Gehilfen geht es untern Prinzipalens, um einen Ausbruch aus den letzten Verhandlungen zu gebrauchen, so „hundsmeraber“, daß der einzelne gar nicht daran zu denken wagt, seine durch die Not zerrüttete Gesundheit durch einen bescheidenen Erholungsurlaub wieder aufzurichten. Um diesem Jammer wenigstens ein etwas abzuhelfen, hat sich die „Zeitschrift“ dieser Sache angenommen und empfiehlt ihren erholungsbedürftigen Mitglieðern, ausgerechnet die Tagung des DVB, am 4. und 5. September in Bad Pyrmont aufzusuchen, um dort wenigstens „einige Tage auszuatmen“. Die Kosten für die Teilnahme an allen Veranstaltungen des DVB sind gegenüber dem Vorjahr noch weiter ermäßigt worden und für jeden ersichtlich! Aber die Erholungsbedingungen dieser standesgemäßen Ausspannung wird dann weiter gelagt: „Pyrmont liegt in der reizvollen nordwestdeutschen Mittelgebirgslandschaft, zwischen dem Teutoburger Wald und dem Weserbergland, 120 Meter hoch und in einer reinen Südlage. Der nordwärts liegende Bomberg schilt es vollkommen gegen Nordost bis Nordwest und die vorprägenden Berggipfel teilweise gegen Ost und West. Wälder bedecken die Hüden und Hänge der umliegenden Berge in großer Ausdehnung. Im Norden treten sie nahe heran, durch Alleen mit dem Badoort verbunden. Weite Wiesen breiten sich in der Talniederung aus. An den Hängen liegen Felder und Gärten. Diese Gestaltung der Landschaft wirkt sich ihrerseits aus: sie gibt der Luft, dem Licht und der Wärme bestimmte Wege und Zugangslinien. Kein Sonnenstrahl des Jahres geht Bad Pyrmont verloren, das Herbstklima ist hier erfahrungsgemäß besonders günstig.“ Die Verrentigung dieser reizenden Sorge des DVB, um seine so „hundsmeraber“ gestellten Mitglieðer ist gewiß ein Ausdruck der Not, die auch von jedem menschlich Denkenden auf untre Seite richtig verstanden werden dürfte. Was will der Abzug von 25 Proz. von unserm Ferienlohn gegenüber der Tariflage belegen, daß sich unsre Prinzipale der Dohut ihrer Organisation unterstellen müssen, um überhaupt zu einer Erholung und Entspannung zu kommen. Was will unser „hüßigen Sorge“ um die um 25 Proz. gekürzte Lebenshaltung gegenüber dem Jammer untre Prinzipale belegen, die doch ihre Gesundheit nicht nur um unsehrwillen erlagen müssen. Auf sie kommt es doch an, sie sind die Wirtschaft, die doch erst aus untre Arbeit ihr färgliches Dasein gestaltet! Und dann vergessen wir nicht, mit welchem sozialen „Verständnis“ sie besonders in den letzten Notjahren unsgegenüberstanden haben. In diesem Sinne schließen wir uns daher ebenfalls der Parole der „Zeitschrift“ an: „Auf nach Pyrmont!“ Dort lassen sich die „tarifrechtlich“ zurückgehaltenen Urlaubsgroschen der Arbeiterklasse jedenfalls in großzügigster Weise an den Mann bringen!

Drei-Weil-Abzeichen. Die in der Eisernen Front vereinigten Organisationen sind übereingekommen, ein einheitliches Symbol zu schaffen. Dafür ist das Drei-Weil-Abzeichen ertoren worden. Das Abzeichen ist mit 1 Millimeter Neutlicher bedekt und wird für den Preis von 10 Pf. abgegeben. Um dieses Symbolkampfs wirzlam zu unterstützen und um dem Hakenkreuz ein Paroli zu bieten, ist man fernerhin übereingekommen, einen einheitlichen Kampfspruch zu schaffen. Der einheitliche Gruß soll lauten: Freiheit! Man hat auch über andere Grußworte gesprochen, so beispielsweise über den aus Wien eingeführten Gruß: Freundschafft! Dies Grühwort ist abgelehnt worden, da es nicht angehen kann, einem „Heil-Hüter“ rufenden Nazimann mit „Freundschafft“ zu antworten. Freiheit soll also der Geiz der Eisernen-Front-Männer sein. Um den drei-Weil-Abzeichen eine möglichst weite Verbreitung zu sichern, werden Fahnen in jeder Größe, Wimpel für Fahrläder usw. hergestellt, die auf request auch die drei-Weil-Abzeichen zeigen. Alles soll zu möglichst niedrigen Preisen — die Fahradwimpel sollen beispielsweise nur 7 bis 8 Pf. je Stück kosten — abgegeben werden. Außerdem werden kleine Fenkerpatente hergestellt, die ebenfalls das Drei-Weil-Abzeichen zeigen. — Zur Erleichterung des Nachschaffens werden Freiheits-Diplomaten herausgegeben in Höhe von 15 und 30 Pf., ferner je 1, 5 und 10 M. Die 15- und die 30-Pfennig-Marke wird von den Gewerkschaftshauskaffieren bei der Erhebung der ordentlichen Beiträge

vertrieben. Die politischen Kämpfe treten jetzt in ihr entschließendes Stadium. Trage jeder nach besten Kräften mit dazu bei, daß sie für die Arbeiterklasse erfolgreich verlaufen!

Eine neue Tageszeitung in Schlesien. Der schlesische Unterbezirk Schweidnitz-Reichenbach-Striegau der Sozialdemokratischen Partei hat im Einvernehmen mit dem Verlag der „Schlesischen Bergwacht“ in Waldenburg die Herausgabe eines neuen Parteiblattes beschlossen. Das Blatt soll den Namen „Schweidnitzer Volkszeitung“ tragen und ab 1. Juli erscheinen. Die Gründung des neuen Organs wird, da Schweidnitz eine der ältesten Hochburgen der Nazis in Schlesien ist, von der Arbeiterklasse des Unterbezirks freudig begrüßt. Von Schweidnitz nahm die schlesische Hakenkreuzbewegung ihren Ausgang.

Zum Jubiläum der Buchdruckerkunst. Zur Fünfhundertjahrfeier der Buchdruckerkunst, die 1940 begangen werden soll, wird unter Führung der Gutenberg-Gesellschaft in Mainz eine monumentale „Geschichte der Buchdruckerkunst“ erscheinen. Zunächst wird man sich auf die Geschichte des deutschen Buchdrucks beschränken. Zur Vorbereitung arbeitet der Berliner Bibliothekar Dr. Ernst Crous an einer Bibliographie des deutschen Buchdrucks von 1001 bis zur Gegenwart, für das 15. Jahrhundert liegt eine Bibliographie schon vor, und die des 16. Jahrhunderts hat Professor Dr. Karl Schottenloher von der Münchener Staatsbibliothek in Arbeit. Die Vorbereitungen zu dem Geschichtswerk liegen bei einer Kommission, der Dr. Puffel, Professor Dr. Luther, Dr. Rafe, Dr. Crous, Dr. Sulzau, Dr. Kobenberg und Kuboff Ulstein angehören.

Eine Bücherversteigerung von Weltbedeutung. In den nächsten Monaten soll in Paris eine berühmte englische Bücheransammlung zur Versteigerung kommen, die so umfangreich ist, daß sie zuvor in Paris in einer Sonderausstellung gezeigt wird, um auch Käufer auf dem Festland aufmerksam zu machen. Der Sammler, A. C. Beatty, war im Anfang seiner Tätigkeit vor allem an orientalischen Manuskripten interessiert und verpackte sich im Lauf der Jahre so viele kostbare Exemplare, daß seine Sammlung der des britischen Museums gleichzustellen ist. Später wandte er sich dann auch europäischen Büchern zu und kaufte einige Werte von Welttrag.

Anrechnung der Verbandsunterstützung auf die Arbeitslosenfürsorge. Die deutsche Regierung spielt mit dem Gedanken, die Erwerbslosenunterstützung der Gewerkschaftsverbände auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. Sie stützt sich dabei auf den § 8 der Reichsgrundzüge über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 1. August 1931, nach der die Hilfsbedürftigkeit festgestellt werden soll. Nach diesen Grundzügen ist Hilfsbedürftigkeit, wer den notwendigen Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen, erhält. Die entsehbenden Vorschriften des § 8, die bei der Beurteilung der Verbandsunterstützung herangezogen werden, lauten: Zu den eigenen Mitteln, die der Hilfsbedürftigkeit entgegen muß, ehe ihm die Fürsorge Hilfe gewährt, ist sein gesamtes verwertbares Vermögen und Entkommen zu rechnen, insbesondere Bezüge in Geld oder Geldwert aus gegenwärtigen oder früherem Arbeits- und Dienstverhältnis und aus Unterhalt der Rentenanwärter öffentlich oder privater Art. Daraus leitet man die Befugnis her, bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und bei der Festsetzung der Unterstüßungssätze die Arbeitslosenunterstützung der Verbände anzurechnen. Bei der Inaktivitätsunterstützung ist dies in einigen Städten und Gemeinden bereits früher geschehen. Gegen den neuen Angriff auf gewerkschaftliche Rechte muß ganz entschieden Einspruch erhoben werden. Die Arbeiterklasse spart ihre sauer verdienten Groschen nicht auf, um schließlich als indirekte Reichsteuer verwendet zu sehen. Sollte die Regierung den Versuch machen, die Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften allgemein anzurechnen, so werden die Verbände Gegenmaßregeln ergreifen. Es gibt Mittel und Wege genug, diesen Anschlag auf die Rechte der organisierten Arbeiterklasse zu verhindern.

Ein halbes Jahr Krümpersystem. Die Einführung des Krümpersystems ist eine Maßnahme, die aus der Not der Zeit geboren wurde. Nur ägernd ist man zur Einführung desselben geschritten. Im „Wohlfahrtsstaat“ Nr. 16 wird eine Übersicht über die bisherige Entwicklung des Krümpersystems gegeben. Nach dem Stand vom 15. Mai 1932 ergibt sich, daß die Landesarbeitsämter 113 Anträge zugelassen und 6 Anträge abgelehnt haben. Die größte Anzahl von Anordnungen bezüglich des Krümpersystems entfällt auf das Landesarbeitsamt Sachsen mit 40. Es folgen Süddeutschland mit 15, Westfalen mit 14 und Mitteldeutschland mit 9 Anordnungen. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Bezirke. Nach der Art der Unternehmungen ist am stärksten die Textilindustrie mit 22 Betrieben vertreten. Es folgen das Metallgewerbe mit 17, die Konsumvereine mit 15, Staats- und Gemeindebetriebe mit 12, das Berggewerbe mit 11, und der Bergbau mit 8 Betrieben. Die beteiligten Betriebe zählen insgesamt 47 500 Arbeiter, von denen 32 000 vom Krümpersystem erfasst werden. Der Wechsel in der Beschäftigung erfolgt in 68 Fällen monatlich, in 25 Fällen halbmönatlich, in 19 Fällen wöchentlicher, in 6 Fällen alle drei Wochen und in einem Fall alle 5 Wochen. Die Zahl der vom Krümpersystem erfassten Arbeiter und Angestellten zeigt, daß dieses System eine große Ausdehnung noch nicht genommen hat. Zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes hat die Einführung des Krümpersystems wenig geführt. Nur in 8 Fällen wurden insgesamt rund 1600 Arbeiter als Ersatz für die Auslöser neu eingestellt. In den allermeisten Fällen erfolgt die Einführung des Krümpersystems mit Rücksicht auf sonst unvermeidliche Entlassungsmaßnahmen. Die halbjährliche Übersicht über die Entwicklung des Krümpersystems läßt noch kein vollständiges Urteil zu. Man muß den weiteren Verlauf abwarten.

Tiefnahm der Ausfuhr. Im freien Warenverkehr betrug die deutsche Ausfuhr im Monat Mai 351 Mill. M. Das ist der niedrigste Satz, der jemals erreicht wurde. Im Vergleich zum April hat die Ausfuhr um 76 Mill. M. abgenommen. Die Rohstoffe sind hieran mit 44 Mill. M. beteiligt. Die Ausfuhr bezieht sich im Mai auf 438 Mill. M., so daß sich ein Ausfuhrüberschuß in Höhe von 87 Mill. M. ergibt. Die Fertigwarenausfuhr verzeichnet eine Abnahme

